

Erklärung des Polnischen PEN-Clubs vom 16 Dezember 2021

Die Befürchtung nimmt zu, die jetzigen Regierenden Polens möchten unseren Staat aus der EU bringen. In Wirklichkeit aber bringen sie durch immer neue, konsequente Handlungen das Land aus einer noch tieferen Gemeinschaft: aus derjenigen, die auf den Menschenrechten gründet. Seit längerer Zeit hat man die Widerstandsbereitschaft der Bevölkerung gegen diese Bestrebungen getestet, indem weltanschauliche Konflikte geschürt wurden. Ein Beispiel dafür war etwa das verächtliche Wort von „irgend Menschenrechten“, das der spätere Bildungsminister im Zusammenhang der schändlichen Beschlüsse mancher Kommunalbehörden über die sogenannten „LGBT-freien Zonen“ ausgesprochen hat.

Provokationen des Lukaschenka-Regimes an der polnisch-belarussischen Grenze wurden als Bedrohung des Staates zum Gegenstand einer hysterischen Propaganda, und auf dem Grenzgebiet wurde der Ausnahmezustand verhängt: beides diente (ein Präzedenzfall in Polen) als Vorwand für Aufhebung des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte. Die Maßnahmen, welche die polnischen Behörden an der Grenze getroffen haben, stehen im Widerspruch zu manchen Artikeln dieses Paktes, die unter keinen Umständen aufhebbar sind. Auf das Gebiet dieser Maßnahmen hat man der European Border and Coast Guard Agency FRONTEX keinen Eintritt gewährt, so dass weder diese Propaganda noch offizielle Verlautbarungen überprüft werden können.

Dass seit dem Anfang dieser Krise auch keine Journalisten noch humanitäre bzw. medizinische Hilfe in die Zone des Ausnahmezustands hereingelassen wurden, gehört zu menschenrechtswidrigen, formellen und informellen Zensurmaßnahmen. Dieses Verbot kann sich nur aus der Absicht erklären, Tatsachen zu verheimlichen. Später hat man zwar den Eintritt in die

Zone unter Polizeiaufsicht überfällig an manche Journalisten reglementiert, doch das kann an dem gesamten Sachverhalt nichts ändern. Dieser Akt von Gesetzlosigkeit entzieht das Vorgehen der Behörden, bei dem Verbrechen an Flüchtlingen vermutet werden dürfen, jeder Öffentlichkeit. Es wird dann nämlich nicht publik, dass man diese Personen, darunter auch Frauen und Kinder, willentlich Krankheits- und Todesgefahren aussetzt und dass manche von ihnen in Wäldern und Sümpfen des Grenzgebietes umkommen. Dass sie aber auf die belarussische Seite zurückgedrängt werden, ähnelt als Erzwingen einer Grenzverletzung dem Vorgehen des Lukaschenka-Regimes. Darüber hinaus aber bedeutet es auch eine kollektive Zwangsdeportation, die durch menschenrechtliche Verträge verboten wird.

All das soll auch die Öffentlichkeit auf die Probe stellen; diese Probe ist auch deshalb bedeutend, weil die polnische Regierung wegen Verletzung der Menschenrechte und des Rechtsstaatlichkeitsprinzips sowie wegen Verwüstung des nationalen Rechtssystems im Streit mit den EU-Institutionen liegt. Gleichzeitig hat das polnische Verfassungsgericht, indem es außerhalb seiner Kompetenz und in anfechtbarer Besetzung verhandelte und dabei seinen eigenen Gerichtsstatus verleugnete, faktisch die Europäische Menschenrechtskonvention innerhalb Polens nach dem Muster von Rechtsprechung Putinschen Russlands außer Kraft gesetzt.

Diese Reihe von Handlungen gewann ihren jüngsten, unheilverkündenden Akzent, als in Warschau unter Schirmherrschaft der regierenden PiS-Partei eine Tagung der rechtsextremen, kremlfreundlichen Parteien Europas veranstaltet wurde. Kommentare machten darauf aufmerksam, die Teilnehmer dieser Besprechung hätten „Fragen von Sexualethik“ diskutiert; in der Tat aber boten diese Debatten erneut einen Vorwand dafür, manche Menschenrechte in Frage zu stellen.

Diese Absicht, eine zivilisatorische Antiutopie zu verwirklichen, setzt unser Land der Gefahr aus, außenpolitisch herabgesetzt zu werden und zu

scheitern. Zudem aber macht sie das in den letzten Jahrzehnten mühevoll Errungene rückgängig: sie zerstört die Leistungen auf dem Gebiet des gesellschaftlichen Zusammenlebens, vernichtet die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Freiheiten. Letzten Endes auch bringt sie Polen um dessen Würde und Zukunftsaussichten.